



215W-176/ME

RECHNUNGSHOF

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240

Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe

Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a

DVR: 0064025

Telefax 712 94 25

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1017 Wien

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 2252-01/92

GESETZENTWURF	
1.	60 -GE/19. PZ
Datum: 16. JULI 1992	
Verteilt 17. Juli 1992 Bo	

Zi Klausgruber

Betrifft: BG-Entwürfe, mit denen das Güterbeförderungsgesetz und das
Gelegenheitsverkehrs-Gesetz geändert werden; Stellungnahme
Schr. d. BMöWV vom 4. Juni 1992, GZ 124 115/1-I/2-92

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu
den ggstl Gesetzesentwürfen zu übermitteln.

Anlage

14. Juli 1992

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
Wach



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025
Telefax 712 94 25

An das

Bundesministerium für
öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Radetzkystraße 2
1030 Wien

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 2252-01/92

Betrifft: BG-Entwürfe, mit denen das Güterbeförderungsgesetz und das
Gelegenheitsverkehrs-Gesetz geändert werden; Stellungnahme
Schr. d. BMöWV vom 4. Juni 1992, GZ 124 115/1-I/2-92

Der RH nimmt zu den im Gegenstand angeführten Gesetzesentwürfen wie folgt Stellung:

Mit dem Entwurf einer Novelle zum Gelegenheitsverkehrs-Gesetz soll ua die bisherige Befreiung der Post- und Telegraphenverwaltung (PTV) sowie der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) von der Konzessionspflicht (§ 1 Abs 2) aufgehoben werden. Diese Befreiungsbestimmung war allerdings seit jeher auf den Gelegenheitsverkehr mit Linienbussen begrenzt.

In Hinkunft unterliegen daher auch die PTV und ÖBB gem § 2 des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzesentwurfes der Konzessionspflicht (§ 5 Z 2 GewO 1973) und dürfen nur solche Omnibusse für den gewerbsmäßigen Gelegenheitsverkehr verwenden, die dafür vorgesehen und dementsprechend amtlich gekennzeichnet wurden. Von der PTV werden aufgrund dieser Novelle wirtschaftliche Nachteile erwartet. Die Einnahmen der PTV aus dem Gelegenheitsverkehr (Mietwagenfahrten) betrugen im Jahre 1991 rd 35 Mio S gegenüber 1 326 Mio S aus dem Linienverkehr.

Die ÖBB sind seit Jahren zusätzlich Pächter der Mietwagen-Konzessionen der Kraftwagenbetriebe der Österr. Bundesbahnen GesmbH (KÖB). Die Übergangsregelung (Z 14 des Entwurfes) mit der Zielsetzung eines Eigenerwerbes der erforderlichen Konzessionen böte die Chance, daß die ÖBB im Sinne der langjährigen Empfehlungen des RH im Wege des Eigenerwerbes der Konzessionen einer weiteren Hilfestellung durch die KÖB nicht länger bedür-

- 2 -

fen. Die Einnahmen des Kraftwagendienstes der ÖBB aus dem Gelegenheitsverkehr betrugen im Jahre 1991 rd 65 Mio S gegenüber rd 954 Mio S im Linienverkehr.

Von dieser Stellungnahme werden ue 25 Ausfertigungen dem Präsidium des NR und eine Ausfertigung dem Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform übermittelt.

14. Juli 1992

Der Präsident:

Fiedler

Für die Richtigkeit
der Aufzeichnung:
Wade